

NOTwehr

Manuskript zum Film

von Werner May

Ich habe mal wieder ein Erpressungsschreiben eines Amtes erhalten. Da ich mich weigere einen Personalausweis zu beantragen sollte ich 20 Euro Verwarnungsgeld bezahlen.

Ich hatte freundlicher Weise ausführlich begründet, warum ich keinen Personalausweis beantragen werde und das Schreiben zurückgewiesen. Als Antwort erhielt ich ein Schreiben, dass mein Einspruch zulässig aber unbegründet sei. Und dann heißt es darin: „*Wir können Ihrem Einspruch nicht abhelfen und geben den Vorgang ... an die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg ab.*“

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Staatsanwaltschaft meinem Einspruch abhelfen kann.

Inzwischen sind aus den 20 Euro „Verwarnungsgeld“ 70,48 Euro geworden und die 1. Mahnung ist eingetroffen.

Ich habe das zum Anlass genommen, dem Leiter des Amtes einen netten aber bestimmten Brief zu schicken, den ich heute vortragen werde.

1. MAHNUNG				
Bei der Prüfung unserer Unterlagen haben wir festgestellt, dass Zahlungen für folgende Abgaben ausstehen:				
Forderung	Bezeichnung	fällig am	noch zu zahlen	Säumnis-zuschläge
911.0005.000001	Verwarnungsgeld lt. Schreiben vom 13.02.2015 abgelaufenes Personaldokument	23.02.2015	20,00 €	0,00 €
911.0006.000001	Bußgeld lt. Bescheid vom 10.03.2015 abgelaufenes Personaldokument	10.04.2015	47,98 €	0,00 €
Summe der fälligen Rückstände				67,98 €
Säumniszuschläge				0,00 €
Mahnegebühren				2,50 €
Auslagen				0,00 €
Gesamtbetrag				70,48 €

Zitat: An den Amtsvorsteher des Amtes Uecker-Randow.

Eine höfliche Anrede erspare ich mir aus folgenden Gründen:

Mit dem Schreiben vom 6.5.15 habe ich eine erste Mahnung in Höhe von 70,48 Euro erhalten, da ich mich weigere einen Personalausweis der Bundesrepublik Deutschland zu beantragen.

Ich werde den Betrag nicht bezahlen und verstehe das als einen Akt der Notwehr, gem. § 32 StGB.

Die Mahnung vom 6.5.15 enthält keine Unterschrift und keinen Namen des Verantwortlichen.

Nach Ablauf der gesetzlichen Mahnfrist von einer Woche wären wir bei Nichtzahlung **zu unserem Bedauern** gezwungen, die **Zwangsvollstreckung** nach den landesrechtlichen Vollstreckungsbestimmungen anzuordnen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Festsetzung von Nebenforderungen (Mahnegebühren, Säumniszuschläge usw.) kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieser Mahnung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei o.g. Behörde einzulegen. Auch wenn Widerspruch eingelegt wird, sind die angeforderten Beträge fristgerecht zu zahlen.

Diese Mahnung wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift rechtswirksam.

Gleich mehrere Personen bedauern, dass man gezwungen wäre die Zwangsvollstreckung anzuordnen: Frau Bobsien, Frau Fechtner, Frau Müller, Frau Holtz, Frau Plöger und Frau Kühn.

Da keine der genannten Personen die Verantwortung für den Inhalt der 1. Mahnung übernimmt, muss ich mich an Sie wenden, obgleich auch Sie nicht unterzeichnet haben und daher ebenfalls ihre Hände in Unschuld waschen wollen.

Amt Uecker-Randow-Tal

- Der Amtsvorsteher -

Amtsangehörige Gemeinden:

Brietzig, Fahrenwalde, Jatznick, Koblenz, Krugsdorf, Nieden, Papendorf
Polzow, Groß Luckow, Rollwitz, Schönwalde, Viereck, Zerrenthin

Amt Uecker-Randow-Tal • Lindenstraße 32 • 17309 Fahrenwalde

Herr
Werner May

17309 Fahrenwalde

Sachgebiet:	Bearbeiter:	Telefon:
Pachten	Frau Bobsien	03973-2067-10
Straßenreinigung/ Steuern	Frau Fechtner	03973-2067-18
Straßenbaubeiträge	Frau Möller	03973-2067-22
Friedhofsverwaltung / WBV	Frau Holtz	03973-2067-14
Kasse	Frau Plöger/ Frau Kühn	03973-2067-16/17
Datum	06.05.2015	
Kassenzeichen: 01-12000041 - bei Zahlung und Schriftwechsel unbedingt angeben -		

Ohne Unterschrift handelt es sich um einen Entwurf und um keinen rechtskräftigen Bescheid. Er ist fehlerhaft und damit nichtig. Mit diesem nichtigen Schreiben soll ich gezwungen werden bis zum 13.5.15 70.48 Euro auf das Konto des Amtes zu überweisen. Diese Frist ist nicht einzuhalten, da mit einem nichtigen Schreiben keine Fristen gesetzt werden können.

Seit 2006 weigert sich das Amt Uecker-Randow mir mitzuteilen für welchen Staat es hoheitliche Aufgaben übernimmt.

Nun soll ich gezwungen werden mit dem Personalausweis der **Firma Bundesrepublik Deutschland** beizutreten, die nie ein Staat war und die es seit 1990 nicht mehr gibt.

Eingetragener Firmenname	Bundesrepublik Deutsch
Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	BRD
D-U-N-S® Nummer	341611478
Geschäftssitz	Dorotheenstr. 184
Postleitzahl	10117
Postalische Stadt	Berlin
Land	Germany
Länder-Code	276
Postfachnummer	
Postfach Stadt	
Telefon Nummer	0302270
Fax Nummer	03022736740
Name Hauptverantwortlicher	Joachim Gauck
Tätigkeit (SIC)	9199

Die Firma BRD ist eine Terroristische Vereinigung die einen Staat vortäuscht um seine Scheinregierung, seine Scheinbeamten, seine Angestellten und das Großkapital mit Steuergeldern und anderen Vermögensgegenständen zu versorgen.

Die folgenden Vorwürfe wiegen schwer und sind nur durch Gegenbeweise zu widerlegen:

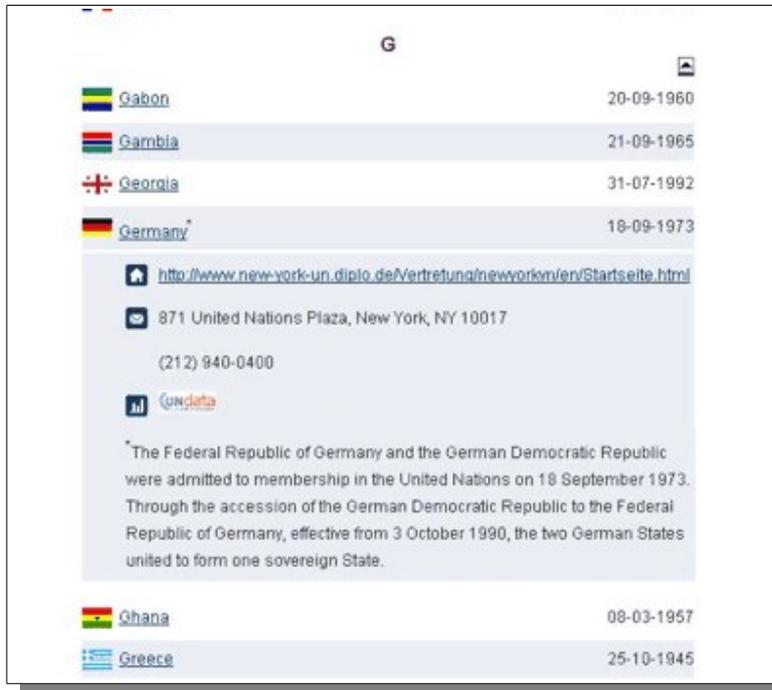
1.) Mit dem Grundgesetz wurde 1949 **kein Staat** gegründet, sondern ein Staatsfragment, das erst dann zu einem Staat „Deutschland“ werden sollte, wenn alle Teile Deutschlands vereinigt seien. Zu „Deutschland“ gehören die Ostgebiete, die grundgesetzwidrig an Polen abgetreten wurden.

Es gibt weder einen Staat Bundesrepublik Deutschland noch einen handlungsfähigen Staat Deutschland. (Siehe mein Film „Unser Staat?“)

2.) Mit dem Einigungsvertrag von 1990 wurde der **Geltungsbereich** (Art. 23 a.F.) **des Grundgesetzes aufgehoben**, sodass es seither keinen Bereich mehr gibt in dem es noch gültig ist.

Art. 23 [Geltungsbereich des Grundgesetzes]

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin,¹ Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.



3.) Mit dem Einigungsvertrag von 1990 wurde angeblich der Staat „Deutschland“ geschaffen, der aus den Gebieten der BRD, der DDR und ganz Berlins bestehen soll. Eine Regierung von „das vereinte Deutschland“ hat diesen Vertrag unterschrieben.

Die BRD wurde damals bei den Vereinten Nationen abgemeldet und „Deutschland“ als „souveränen Staat“ angemeldet. **Daher gibt es die BRD seit 1990 nicht mehr.**

Den Staat Deutschland gibt es ebenfalls nicht, denn Deutschland ist das Gebiet des Deutschen Reiches innerhalb der Grenzen vom 31.12.1937 was im Grundgesetz Artikel 116(1) nachzulesen ist.

Grundgesetz

Art. 116. (1) **Deutscher** im Sinne dieses Grundgesetzes **ist** vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling **in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.**

„Deutschland“ ist angeblich als 14. Mitglied seit 1950 im Europarat vertreten und kann nicht erst 1990 geschaffen worden sein.

4.) Wie das Bundesverfassungsgericht 2012 festgestellt hat, ist das **Wahlgesetz zum Deutschen Bundestag grundgesetzwidrig**. Das heißt sämtliche Abgeordnete des Bundestages seit 1957 sind grundgesetzwidrig, also illegal, tätig. Die Wahlen der Bundespräsidenten und der Regierungen sind somit ebenfalls ungültig (Siehe mein Film „Die Wahlen und ihre Folgen“).

Dass die Abgeordneten des Bundestages in **unmittelbarer Wahl** gewählt werden müssen, ist im Grundgesetz Art. 38(1) und dem Strafgesetzbuch § 92(2) verankert. Die praktizierte Listenwahl ist keine direkte Wahl und somit grundgesetzwidrig.

Grundgesetz

Art. 38. (1) Die **Abgeordneten des Deutschen Bundestages** werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind **Vertreter des ganzen Volkes**, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

5.) **Der Einigungsvertrag** vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1055) **ist nichtig**, da die Bundesrepublik Deutschland zu diesem Zeitpunkt über keine verfassungsrechtlich wirksame Vertretung verfügte. Die Deutsche Demokratische Republik existiert damit in den Grenzen zwischen dem 7. Oktober 1949 und dem 3. Oktober 1990 fort. Sie ist mangels staatlicher Organe gemäß der Art. 47–85 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik handlungs- und beschlussunfähig. (Siehe mein Film: „Die Wahlen und ihre Folgen“)

6.) Illegale Mandatsträger können keine legalen Gesetze verabschieden. Daher sind **alle Gesetze**, die **seit 1957** verabschiedet wurden, **illegal**.

7.) Das **Bundesverfassungsgericht** wird **grundgesetzwidrig** von illegal gewählten Mandatsträgern zusammengesetzt. Der Grundgesetzgeber hat ein direktes Wahlverfahren im Art. 94(1) GG durch die beiden Verfassungsorgane Bundestag und Bundesrat vorgeschrieben. Das praktizierte indirekte Wahlverfahren durch einen Wahlausschuss für die Mitglieder der obersten Bundesgerichte ist demnach grundgesetzwidrig. (Siehe mein Film: „Das Bundesverfassungsgericht“)

Außerdem verstößt das Bundesverfassungsgerichtsgesetz gegen das Zitiergebot Artikel 19 GG. Damit sind sämtliche Urteile dieses Gerichts seit seiner Gründung ungültig.

8.) Mit dem Bonner Grundgesetz vom 23.05.1949 hat der Grundgesetzgeber in den Artikeln 92 und 95 GG den Rechtsbefehl in absoluter Form zur Bildung des Obersten Bundesgerichtes erteilt. **Das oberste Bundesgericht, welches im Grundgesetz vorgesehen war, wurde bis zum heutigen Tage nicht installiert.** Damit verliert die

Art. 92 GG.

Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut; sie wird durch das **Bundesverfassungsgericht**, durch das **Oberste Bundesgericht**, durch die in diesem Grundgesetze vorgesehenen Bundesgerichte und durch die Gerichte der Länder ausgeübt.

Rechtsprechung ihre Einheit und die Justiz die nach dem Grundgesetz vorgesehene oberste Spitze.

9.) **Eine Vielzahl von Gesetzes** verstoßen gegen das Zitiergebot Art. 19 GG und sind damit ungültig, wie z.B. das GVG (Gerichtsverfassungsgesetz), die StPO (Strafprozessordnung), die ZPO (Zivilprozessordnung), das FamFG (Gesetz über das Verfahren in Familiensachen), das SGB II Sozialgesetzbuch II), die FGO (Finanzgerichtsordnung), das UStG (Umsatzsteuergesetz), die GBO (Grundbuchordnung), das RpfLG (Rechtspflegergesetz), das Nds. SOG (Sozialgesetz), das Nds. VwVG (Verwaltungsvollstreckungsgesetz), das BverfGG (Bundesverfassungsgerichtsgesetz) usw.

Jede einzelne Missachtung des Zitiergebotes gemäß Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG hat die Ungültigkeit eines solchen Gesetzes von Anfang an – ex tunc – zur Folge, eine Teilnichtigkeit sehen weder Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG noch andere Vorschriften des Bonner Grundgesetzes vor.

Trotzdem werden diese Gesetze gegen Grundrechtsträger zum Nachteil der Betroffenen angewandt. (Siehe mein Film: „Das Zitiergebot“)

10.) **Gerichte verschicken keine vom Richter unterschriebenen Urteile und Beschlüsse**, wie das gesetzlich vorgeschrieben ist, sondern „Ausfertigungen“, für deren Inhalt meist eine Angestellte, die sich als Beamtin ausgibt und damit Amtsanmaßung begeht, die Verantwortung übernimmt. Daher handelt es sich um keine Urteile sondern gesetzeswidrige Scheinurteile.

(Siehe mein Film: „Wie wir mit Ausfertigungen abgefertigt werden“)

11.) Fast sämtliche **Bescheide, Forderungen und Mahnungen der Behörden** werden inzwischen maschinell erstellt und tragen keine rechtskräftige Unterschrift, sodass niemand die Verantwortung für den Inhalt übernimmt. (Siehe mein Film: „Unterschrift“)

Oder sie werden „Im Auftrag“ erstellt, ohne den Auftraggeber zu benennen. Damit handelt es sich

um Täuschung im Rechtsverkehr. Oftmals werden die nichtigen Forderungen dann mit Gewalt vollstreckt, was nichts anderes ist als bewaffneter Raub. (Siehe mein Film: „Im Auftrag“)

12.) **Gerichtsvollzieher sind Selbstständige** die eine 15 Prozentige Umsatzbeteiligung erhalten. Selbstständige dürfen in einem Rechtsstaat keine Zwangsmaßnahmen gegen Grundrechtsträger ausüben. (Siehe mein Film: „Deutsche Gerichtsvollzieher“)

13.) Dieses Land ist noch immer besetzt, auch wenn das offiziell bestritten wird. Laut Grundgesetz zahlen wir heute noch die Besatzungskosten.

Grundgesetz

Art. 120. (1) Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen ...

Daher müssen alle Richter und Staatsanwälte eine Genehmigung der Militärbehörde haben um „amtieren“ zu können. Mit anderen Worten: **Um ein „Amt“ ausüben zu dürfen bedarf es der Zulassung der Militärregierung.**

Nachlesen kann man das im SHAEF-Gesetz Nr. 2, Artikel 5, Pkt 9 „Befähigung der Richter, Staatsanwälte...“ der Militärregierung:

9. Niemand kann als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt amtieren, falls er nicht seine Zulassung von der Militärregierung erhalten hat.

Bisher konnte noch kein Richter und kein Staatsanwalt eine derartige Genehmigung vorlegen, sodass der dringende Verdacht besteht, dass sämtliche Mitglieder der beiden Berufsgruppen illegal tätig sind.

Nach einer Expertise der Grundrechtspartei leisten Staatsanwälte den Richtereid. Mit dem Richtereid dürfen sie jedoch nicht als Beamte, also als Staatsanwälte, tätig sein.

(Siehe mein Film: „Die Staatsanwaltschaft“)

Daher habe ich keine Möglichkeit mich gegen die Willkür von angeblich staatlichen Behörden auf rechtlichem Wege zu wehren.

14.) Nach Artikel 115a des Grundgesetzes ist der Verteidigungsfall folgendermaßen definiert:

a) Wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder

b) wenn ein solcher Angriff unmittelbar droht.

Bisher wurde das Bundesgebiet weder mit Waffengewalt angegriffen noch mit Waffengewalt bedroht. Daher waren und sind sämtliche **Auslandseinsätze der Bundeswehr grundgesetzwidrig.**

(Siehe mein Film: „Die Bundeswehr“)

Mangels handlungsfähigem Staat handelt es sich bei den Soldaten der Bundeswehr um keine staatlichen Soldaten, sondern um Freischärler oder Kombattanten. Strafrechtlich sind die Überfälle außerhalb des Bundesgebietes grundgesetzwidrig und somit nichts anderes als Terrorismus, Mord- und Totschlag, Körperverletzung sowie Sachzerstörung durch eine bewaffnete Bande, die mit meinen Steuergeldern finanziert wird und die vorgibt in meinem Namen zu handeln.

Zusammengefasst handelt es sich bei der Firma Bundesrepublik Deutschland um eine **Kriminelle Vereinigung**, die einen Staat simuliert und deren Organe sich zu Lasten der Restbevölkerung bereichern.

Da die Forderungen der Firma BRD **mit Waffengewalt** von Personen vollstreckt werden, die keine hoheitlichen Aufgaben ausführen dürfen, handelt es sich bei den Mitgliedern des Scheinstaates Bundesrepublik Deutschland nicht nur um eine Kriminelle Vereinigung, sondern um eine **Terroristische Vereinigung** mit den bewaffneten Einheiten der Polizei, des Zolls und der Bundeswehr.

Mit Nötigung, Erpressung und der Androhung einer Geiselnahme soll ich nun gezwungen werden diese kriminelle Vereinigung als Staat anzuerkennen und meine Mitgliedschaft mit einem erzwungenen Personalausweis zu bestätigen.

Damit macht sich der Amtsvorsteher des Amtes „Ucker-Randow-Tal“ der gewaltsamen Rekrutierung zu einer Terroristischen Vereinigung schuldig.

Zu widerhandlung gegen das Personalausweisgesetz

Sehr geehrter Herr May,

es wurde festgestellt, dass Sie keinen neuen Personalausweis beantragt haben. Sie besitzen seit dem Jahr 2006 keinen gültigen Personalausweis oder ein anderes Dokument, das Sie von der Ausweispflicht befreit. Auch haben Sie mir nicht nachgewiesen, dass Sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

In diesem Zusammenhang bitte ich zu bedenken, dass der Besitz eines gültigen Personalausweises für das Feststellen Ihrer Identität und den Nachweis Ihrer persönlichen Daten in vielen Situationen des täglichen Lebens unerlässlich ist (z.B. bei Verkehrsunfällen, gegenüber Postdiensten, bei Bankgeschäften oder gelegentlichen notariellen Beurkundungen).

Sie haben trotz meiner Aufforderungen von 03.12.2014 und 14.01.2015 bis heute nicht reagiert.

Die nicht rechtzeitige Neubeantragung eines gültigen Personalausweises ist eine Ordnungswidrigkeit.

Deshalb belege ich Sie mit einer **Verwarnung** in Höhe von

20,00 EUR

Das festgesetzte Verwarnungsgeld ist innerhalb einer Woche nach Bekanntgabe dieses Schreibens auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Ihrer Zahlung geben Sie als Zahlungsgrund 01-12200-46210 AZ 01.122 - 01/2015/EMA an.

Sämtliche Angestellten, die Geldforderungen für die Firma Bundesrepublik Deutschlands erheben machen sich der Finanzierung dieser Terroristischen Vereinigung schuldig.

Diese 14 Punkte sind einzeln zu widerlegen. Sollten Sie dazu nicht in der Lage sein, sehe ich sie weiterhin als Mitglied einer Terroristischen Vereinigung an und werde künftig den Kontakt zu Ihnen meiden. Sollten Sie oder Ihre Angestellten trotzdem Zwangsmaßnahmen gegen mich einleiten bestätigen Sie damit nur ihre kriminellen Machenschaften.

Nach der Definition zu „Notwehr“ heißt es im § 32 des Strafgesetzbuches:

- (1) Wer eine Tat begeht, die durch Notwehr geboten ist, handelt nicht rechtswidrig.
- (2) Notwehr ist die Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden.

Dass Ihre Angriffe und Forderungen rechtswidrig sind habe ich belegt. Entweder Sie widerlegen die Feststellungen innerhalb eines Monats schriftlich und mit einer rechtskräftigen Unterschrift, oder Sie hüllen sich in Schweigen und bestätigen damit ihre bewusste und vorsätzliche Mittäterschaft.

Ich erwarte, dass Sie Ihre Angestellten über dieses Schreiben informieren, da ich mich gegen jeden Angriff und jede Forderung ihres Amtes, unabhängig von der Person, wehren werde.

Mit welchen Mitteln ich mich gegen die Angriffe Ihrer Terroristischen Vereinigung wehren werde bleibt letztlich mir überlassen.

Auf Ihre Antwort innerhalb eines Monats ab Poststempel wartend
mit freundl. Gruß
Werner May
Fahrenwalde, den 17.5.2015

So, liebe Zuschauer und -hörer, jetzt sollten Sie nicht abzuwarten ob und was der Amtsleiter mir antwortet sondern prüfen Sie ob das hier berichtete der Wahrheit entspricht.

Sollten Sie feststellen, dass es richtig ist, dann müssten Sie sich eigentlich überlegen wie Sie damit umgehen:

Wollen Sie weiterhin dieser Terroristischen Vereinigung angehören?

Wollen Sie diese Bande weiterhin finanziell unterstützen?

Wollen Sie, dass die angeblichen Volksvertreter in Ihrem Namen und angeblich in Ihrem Auftrag ihre Mitmenschen ausnehmen, Familien zerstören, Firmen in den Bankrott treiben und Terroranschläge durch Geheimdienste im Inland und durch die Bundeswehr im Ausland verüben lassen?

Auf meiner Web-Seite www.widerstand-ist-recht.de ist das Manuskript zu diesem Film. Sie können es gerne herunterladen und für ihre Zwecke gebrauchen. Ich erhebe selbstverständlich keine Urheberrechte auf meine Arbeiten.

Bitte schicken Sie mir keine Hilferufe. Ich lebe auf einem Selbstversorgerhof und habe keine Zeit hunderten Menschen Fragen zu beantworten oder Ratschläge zu erteilen, wie Sie sich am besten gegen die scheinstaatliche Willkür wehren können. Mit meinen Filmen habe ich aufgezeigt was ich gemacht habe. Was Sie tun müssen Sie selbst entscheiden und selbst verantworten.

In meinen Filmen „Worte an die Herrschenden“ und „Worte an meine Kinder“ zeige ich auf, was das gemeinsame Ziel sein sollte: **Abschaffung der verlogenen Staaten und der herrschenden Klassen**, die Menschen entwürdigen, ausnutzen, ausbeuten und für dumm verkaufen um ihre Selbstliebe zu Lasten anderer weiterhin ausleben zu können.

Wer sich aus der Not heraus wehrt sollte immer daran denken und danach handeln:

Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.

Hier eine Auswahl meiner Filme:

[Im Auftrag, Wie Unrecht zuRecht gebogen wird, Unterschriften, Ausfertigungen](#)

Dass sämtliche **Bundestags-Wahlen** seit 1957 ungültig sind und damit alle Bundespräsidenten, Bundeskanzler, Minister und sämtliche seither beschlossenen Bundesgesetze illegal sind erfahren Sie hier: [Die Wahlen](#)

Dass selbst das Bundesverfassungsgericht grundgesetzwidrig besetzt wird und damit sämtliche Urteile der beiden Senate ungültig sind können Sie hier überprüfen: [Das Bundesverfassungsgericht](#)

Welche Gesetze sonst noch ungültig sind zeigt dieser Film: [Das Zitiergebot](#)

Dass die Jobcenter sich auf illegale Gesetze berufen erfahren Sie hier: [Ist das Jobcenter eine Kriminelle Vereinigung ?](#)

Warum und wie Staatsorgane die Bewohner dieses Landes ausnehmen und entrechteten können erfahren Sie hier: [Die Würde des Menschen](#) [Wie wir unsere Würde zurückgewinnen können](#). Mit diesen Filmen sollten Sie anfangen, damit sie ein besseres Verständnis für die tatsächlichen Zusammenhänge bekommen.

Wieso auch die Staatsanwälte illegal amtieren zeigt dieser Film: [Die Staatsanwaltschaft](#).

Auch die Rechtsanwalts- und andere Kammern sowie die Innungen haben keine Gesetzesgrundlage für ihre Zwangsmitgliedschaft: [Der Kammerzwang](#).

Bewegt man sich auf der Internationalen Ebene, so sieht es nicht besser aus. Darüber informieren Sie meine Beiträge: [Die Vereinten Nationen](#), [Folterflüge Teil 1](#) [Folterflüge Teil 2](#) [Folterflüge Teil 3](#)

Wer glaubt, dieser weltweite Betrug durch Kapital und Politik sei zufällig, der irrt. Dass diese Machenschaften in der jetzigen Zeit aufgedeckt werden hat seinen tieferen Sinn. Wir befinden uns in einem radikalen Umbruch. Wohin der Weg gehen wird zeigen diese Filme. Sie sollten sie sich auch dann ansehen, wenn sie nicht an Gott glauben: [Worte an die Herrschenden](#) [Worte an meine Kinder](#) [Worte an die Priester](#)

In einem weiteren Film hatte ich aufgezeigt, wie man den Kapitalismus mit seinen Auswirkungen überwinden kann um ein menschliches Miteinander zu leben. Dieser Film ist der youtube-Zensur zum Opfer gefallen. Na vielleicht dürfen Sie ihn sich ja doch noch ansehen: [Aus der Hölle ins Paradies](#).

Weitere Filme und Texte finden Sie auf meiner Web-Seite: www.widerstand-ist-recht.de



Werner May - Im Paradies - 17309 Fahrenwalde
werner(at)paradies-auf-erden.de